

Schriftenreihe Recht + Wirtschaft

Elke Ebert

# Private Normsetzung für die Rechnungslegung

Möglichkeiten und Grenzen

Verlag Wissenschaft & Praxis



## Private Normsetzung für die Rechnungslegung

# **Schriftenreihe Recht + Wirtschaft**

**Band 2**

Elke Ebert

# **Private Normsetzung für die Rechnungslegung**

Möglichkeiten und Grenzen

Verlag Wissenschaft & Praxis



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Ebert, Elke:**

Private Normsetzung für die Rechnungslegung.

Möglichkeiten und Grenzen / Elke Ebert.

– Sternenfels : Verl. Wiss. und Praxis, 2002

(Schriftenreihe Recht + Wirtschaft – Bd. 2)

Zugl.: Hohenheim, Univ., Diss., 2001

ISBN 3-89673-137-8

D100

ISBN 3-89673-137-8

© Verlag Wissenschaft & Praxis

Dr. Brauner GmbH 2002

D-75447 Sternenfels, Nußbaumweg 6

Tel. 07045/930093 Fax 07045/930094

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2001 von der Fakultät für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften an der Universität Hohenheim als Dissertation angenommen.

Für die Anregung und Betreuung der Arbeit möchte ich Herrn Prof. Dr. L. Vollmer danken. Er hat mein Interesse auf den Untersuchungsgegenstand gelenkt, die Arbeit mit kritischem Rat begleitet und deren Fertigstellung in vielfacher Hinsicht gefördert. Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. H. Kuhnle für die Übernahme des Zweitgutachtens.

Der Fazit-Stiftung (Frankfurter Allgemeine Zeitung / Frankfurter Societäts-Druckerei), Frankfurt am Main, danke ich für die großzügige finanzielle Förderung meiner Forschungstätigkeit im Rahmen eines Promotionsstipendiums und den großzügigen Zuschuß zu den Druckkosten. Herrn Dr. K. P. Krause gilt mein besonderer Dank.

Sehr wertvoll war auch die Unterstützung, die ich während meiner Promotion am Institut für Rechtswissenschaft der Universität Hohenheim erhalten habe. Herr Prof. Dr. T. Maurer war in allen Abschnitten der Entstehung dieser Arbeit zur Diskussion rechtlicher und ökonomischer Fragestellungen bereit. Sein Rat war mir immer eine große Hilfe. Ihm gilt mein ganz besonderer Dank. Besonders zu danken habe ich auch Herrn Ass. C. Arnold für seine jederzeitige Bereitschaft zur Diskussion öffentlich-rechtlicher Problemfelder. In den Dank an die Mitarbeiter des Instituts schließe ich nicht zuletzt Frau S. Weber ein.

Mein sehr persönlicher Dank gilt meinen Eltern, meinen Geschwistern und meinen Freunden, die das Studium und die Promotion stets mitgetragen haben. Besonderer Dank gilt Herrn R. Happe, der mich zur Aufnahme des Studiums ermutigt und mich bei der Durchführung der Promotion unterstützt hat.

Düsseldorf, im September 2001

Elke Ebert



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	13
<b>Einführung</b> .....	<b>19</b>
<b>Teil I: Die Einbeziehung privater Regelwerke in die Normsetzung für die Rechnungslegung – Bestandsaufnahme und Analyse.....</b>	<b>25</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>25</b>
<b>1. Kapitel: Die mittelbare Anerkennung internationaler, privater Rechnungslegungsstandards durch die Befreiungs- möglichkeit des § 292 a HGB</b> .....	<b>25</b>
A Inhalt und Regelungsziel des § 292 a HGB .....	25
I. Inhalt des § 292 a HGB .....	26
II. Regelungsziel des § 292 a HGB .....	28
B Die Befreiungsmöglichkeit aus ökonomischer Sicht .....	29
I. Vorteile .....	30
1. Vorteile aus Unternehmenssicht.....	30
a) Erleichterung des Marktzugangs .....	30
b) Steuerung internationaler Konzerne.....	32
c) Rationalisierung des Rechnungswesens.....	33
2. Vorteile aus Investorensicht .....	34
a) Verbesserung der Vergleichbarkeit .....	34
b) Erhöhung des Informationswertes.....	35
II. Nachteile .....	36
1. Nachteile aus Unternehmenssicht.....	36
a) Ausschluß vom Normsetzungsprozeß.....	37
b) Divergenz von Einzel- und Konzernabschluss.....	38
c) Diskriminierung von konzernfreien Unternehmen.....	39
2. Nachteile aus Investorensicht.....	41
a) Informationsdefizite deutscher Kleinanleger .....	41
b) Divergenz des Informationsgehaltes .....	42

C Die Befreiungsmöglichkeit aus rechtlicher Sicht .....	43
I. Gestaltungsvorteile .....	43
1. Beseitigung der Inländerdiskriminierung .....	44
2. Beibehaltung deutscher Bilanzprinzipien für den Einzelabschluß .....	47
II. Zulässigkeitsbedenken .....	49
1. Vereinbarkeit mit EU-Recht? .....	49
a) Vereinbarkeit mit formellen Erfordernissen .....	49
b) Vereinbarkeit mit materiellen Erfordernissen .....	51
2. Vereinbarkeit mit nationalem Verfassungsrecht? .....	53
a) Vereinbarkeit mit demokratischen Erfordernissen .....	53
aa) Derogation von Gesetzgebungspflichten .....	53
bb) Legitimationslücke der Rechtsetzung .....	55
b) Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Erfordernissen .....	56
aa) Unbestimmtheit des Gesetzeswortlautes des § 292 a HGB .....	57
bb) Bezugnahme auf ausländische Normen durch § 292 a HGB .....	58
cc) Mängel bei der Verkündung und Ausfertigung .....	59
Ergebnis 1. Kapitel .....	61
<b>2. Kapitel: Die Beteiligung nationaler privater Gremien am Norm- setzungsprozeß der Rechnungslegung auf der Grund- lage von §§ 342, 342 a HGB .....</b>	<b>65</b>
A Inhalt und Regelungsziel .....	65
I. Das private Rechnungslegungsgremium .....	66
II. Der Rechnungslegungsbeirat .....	67
B Die Beteiligung Privater am Normsetzungsprozeß aus ökonomischer Sicht .....	68
I. Vorteile .....	69
1. Flexibilisierung und Optimierung der Normsetzung .....	69
2. Einflußnahme auf internationale Normsetzungsprozesse .....	72

---

II. Nachteile .....	73
1. Durchsetzung von Partikularinteressen .....	73
a) Übergewichtung der Unternehmensinteressen .....	74
b) Kontrolldefizite .....	76
2. Generierung von Akzeptanzproblemen .....	77
a) Akzeptanzprobleme aufgrund der Aufgabenbeschränkung .....	77
b) Akzeptanzprobleme aufgrund der öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung .....	78
C Die Beteiligung Privater am Normsetzungsprozeß aus rechtlicher Sicht .....	79
I. Gestaltungsvorteile .....	79
1. Anerkennung autonomer Regelungskompetenzen .....	79
a) Reichweite der autonomen Regelungskompetenz .....	79
b) Beibehaltung staatlicher Regelungsverantwortung .....	80
2. Erhöhung der Rechtssicherheit .....	82
a) Bedeutung der Empfehlungen .....	82
b) Bedeutung der Vermutung .....	83
II. Zulässigkeitsbedenken .....	84
1. Legitimationsprobleme .....	84
2. Unabhängigkeitsprobleme .....	88
Ergebnis 2. Kapitel .....	89
<b>Ergebnis Teil I .....</b>	<b>92</b>
<b>Teil 2: Die Einbeziehung privater Regelwerke in die Normsetzung für die Rechnungslegung – Grundlagen und Ausgestaltung .....</b>	<b>93</b>
<b>Einleitung .....</b>	<b>93</b>
<b>3. Kapitel: Die Grundlagen der Regulierung der Rechnungslegung ..</b>	<b>93</b>
A Ökonomische Grundlagen der Regulierung .....	94
I. Notwendigkeit und Reichweite der Regulierung .....	95

1. Die Erkenntnisse der normativen Theorie der Regulierung.....	96
a) Natürliches Monopol.....	96
b) Ruinöse Konkurrenz.....	99
c) Asymmetrische Informationen.....	101
d) Öffentliche Güter und externe Effekte.....	102
2. Folgerungen für die Regulierung der Rechnungslegung.....	105
a) Monopolstellung des Informationsanbieters.....	105
b) Informationsasymmetrien auf dem Kapitalmarkt.....	107
c) Marktfähigkeit von Rechnungslegungsinformationen.....	110
d) Sicherung der Kapitalmarktfunktionen.....	112
aa) Institutionelle Effizienz.....	112
bb) Operationale und allokativen Effizienz.....	114
3. Bewertung.....	115
II. Regulierungsinstanz.....	116
1. Die Erkenntnisse der positiven Theorie der Regulierung.....	117
a) Eigennutztheorie.....	117
b) Bürokratiethoretische Ansätze.....	118
c) Capture Theory.....	119
d) Ökonomische Theorie der Demokratie.....	121
2. Folgerungen für die Regulierung der Rechnungslegung.....	123
a) Rechnungslegungsvorschriften als ökonomisches Gut.....	123
b) Rechnungslegungsvorschriften als Reaktion auf Krisen- situationen.....	124
3. Konkrete Folgerungen.....	125
a) Regulierung durch Private.....	125
aa) Vorteile.....	126
bb) Nachteile.....	127
b) Regulierung durch den Staat.....	129
aa) Vorteile.....	129
bb) Nachteile.....	131
4. Bewertung.....	132
III. Zwischenergebnis.....	133

---

B Rechtliche Grundlagen der Regulierung der Rechnungslegung .....	134
I. Zulässigkeit und Reichweite der Regulierung der Rechnungslegung .....	134
1. Europäische Vorgaben für die Zulässigkeit und Reichweite der Regulierung .....	135
a) Regulierungsvorgaben für die Rechnungslegung .....	137
b) Grenzen der Regulierung .....	140
2. Grundgesetzliche Vorgaben für die Regulierung .....	144
a) Regulierungsvorgaben für die Rechnungslegung .....	144
b) Grenzen der Regulierung .....	149
3. Bewertung .....	153
II. Regulierungsinstanzen für die Rechnungslegung .....	154
1. Private Regulierung als Grundprinzip .....	154
a) Individualautonomie .....	155
aa) Subsidiaritätsprinzip .....	155
bb) Allgemeine Handlungsfreiheit .....	157
b) Kollektivautonomie .....	159
aa) Normsetzung durch Tarifvertragsparteien .....	159
bb) Normsetzung durch ein autonomes Rechnungsgremium? .....	161
2. Staatliche Regulierung .....	163
a) Pflicht zur staatlichen Regulierung .....	164
aa) Staatsziele und Regulierungsauftrag .....	164
bb) Regulierungsauftrag für die Rechnungslegung .....	166
b) Pflicht zur Beteiligung Privater .....	168
aa) Beteiligung Privater durch Beleihung .....	169
bb) Normsetzung durch ein beliehenes Rechnungsgremium? .....	172
3. Bewertung .....	174
III. Zwischenergebnis .....	175
Ergebnis 3. Kapitel .....	177

<b>4. Kapitel: Die Ausgestaltung der Regulierung der Rechnungs-</b>	
<b>legung</b> .....	179
A Formen einer staatlichen Regulierung der Rechnungslegung .....	179
I. Regulierung durch den Staat .....	180
1. Gesetze .....	180
2. Rechtsverordnungen .....	183
3. Satzungen .....	186
4. Verwaltungsvorschriften .....	187
II. Regulierung durch einen Beliehenen .....	189
1. Merkmale und Zulässigkeit der Beleihung .....	190
2. Handlungsformen des Beliehenen .....	193
III. Zwischenergebnis .....	195
B Formen einer Regulierung der Rechnungslegung durch einen	
Beliehenen .....	196
I. Regulierung durch verbindliche Regeln .....	197
1. Anforderungen an eine Verordnungsermächtigung zur	
Subdelegation .....	197
2. Anforderungen an die Organisation des Beliehenen und das	
Verfahren .....	202
3. Bewertung .....	206
II. Regulierung durch verweisungsfähige Regeln .....	208
1. Anforderungen an und Wirkungen von Verweisungen .....	209
a) Statische Verweisung .....	209
b) Dynamische Verweisung .....	212
2. Anforderungen an die Organisation des Beliehenen und das	
Verfahren .....	216
3. Bewertung .....	220
III. Zwischenergebnis .....	221
Ergebnis 4. Kapitel .....	222
<b>Ergebnis Teil II</b> .....	225
<b>Zusammenfassung</b> .....	227
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	231

## Abkürzungsverzeichnis

a.F	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Die Aktiengesellschaft
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
al.	alii
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
ASB	Accounting Standards Board
Aufl.	Auflage
b&b	bilanz & buchhaltung
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bl.	Blatt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMW	Bundesministerium der Wirtschaft
BR-Drucks.	Bundesrat-Drucksache
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BZ	Börsen-Zeitung
bzw.	beziehungsweise
CPA	Certified Public Accountant
d.h.	das heißt
DB	Der Betrieb

---

ders.	derselbe
DIN	Deutsches Institut für Normung
DK	Durchschnittskosten
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard, Deutscher Standardisierungsrat
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuerzeitung
durchges.	durchgesehen
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entwurf
e.V.	eingetragener Verein
ebd.	ebenda
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
erw.	erweitert
EU	Europäische Union
EuR	Europarecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.03.1957
f.	folgend
ff.	fortfolgend
FASB	Financial Accounting Standards Board
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
GEFIU	Gesellschaft für Finanzwirtschaft in der Unternehmensführung e.V.
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz

---

ggfs.	gegebenenfalls
GGO II	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, Teil II (Besonderer Teil)
GK	Grenzkosten
GOB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GOK	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für die Kon- zernrechnungslegung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M.	herrschende Meinung
HB	Handelsblatt
HdWW	Handbuch der Wirtschaftswissenschaften
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
HVfR	Handbuch des Verfassungsrechts
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
IAS	International Accounting Standards
IASB	International Accounting Standards Board
IASC	International Accounting Standards Committee
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
Int. J. Acctg.	The International Journal of Accounting
IOSCO	International Organisation of Securities Commissions
IstR	Internationales Steuerrecht
JE	Quarterly Journal of Economics
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KapAEG	Gesetz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne an Kapitalmärkten und zur Erleich- terung der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen (Kapi- talaufnahmeerleichterungsgesetz)

---

KapCoRiLiG	Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Union zur Änderung der Bilanz- und der Konzernbilanzrichtlinie hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs (90/605/EWG), zur Verbesserung der Offenlegung von Jahresabschlüssen und zur Anwendung anderer handelsrechtlicher Bestimmungen (Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz)
Komm.	Kommentar
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
LAG	Landesarbeitsgericht
lit.	litera
neubearb.	neubearbeitet
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NYSE	New York Stock Exchange
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.ä.	oder ähnliches
o.V.	ohne Verfasser
OVG	Oberverwaltungsgericht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
S.	Satz, Seite
SEC	Securities and Exchange Commission
sog.	sogenannt
StabG	Stabilitätsgesetz
StuB	Steuer- und Bilanzpraxis
StuW	Steuer und Wirtschaft
SZfVS	Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
TÜV	Technischer Überwachungsverein

---

u.a.	unter anderem
überarb.	überarbeitet
unveränd.	unverändert
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
US	United States
v.	von
verb.	verbessert
Verw.	Die Verwaltung
VerwA	Verwaltungsarchiv
Vgl.	Vergleiche
Vol.	Volume
vollst.	vollständig
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WISU	Das Wirtschaftsstudium
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
z.Zt.	zur Zeit
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche For- schung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik



## Einführung

Die Normierung der Rechnungslegung beruhte in Deutschland bisher nahezu ausschließlich auf staatlicher Rechtsetzung, an der Private nur marginal beteiligt waren. Hier hat sich ein Wandel vollzogen. Das Gesetz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne an Kapitalmärkten und zur Erleichterung der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen (KapAEG) hat unter anderem zu einer Öffnung des deutschen Bilanzrechts gegenüber internationalen Rechnungslegungsstandards, die vorwiegend auf privater Normsetzung beruhen, geführt. Hinzu kommt die durch die handelsrechtlichen Änderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) angestoßene Gründung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC). Nach jahrzehntelangen Diskussionen, Gesetzesentwürfen und Harmonisierungsbestrebungen der Europäischen Union ermöglichen beide Neuregelungen in Deutschland, wenn auch in unterschiedlicher Weise, eine verstärkte Berücksichtigung bzw. Mitwirkung Privater am Normsetzungsprozeß für die Rechnungslegung. Diese Entwicklung wird ganz überwiegend begrüßt. Als positiv wird erachtet, daß nunmehr auch in Deutschland, ähnlich wie schon seit langem in den angelsächsischen Ländern praktiziert, privater Sachverstand in die Normierung der Rechnungslegung eingebunden wird. Auf der anderen Seite gibt es aber nach wie vor erhebliche Vorbehalte gegen die Art und Weise der vollzogenen Einbindung. So wird u.a. befürchtet, der Staat könne seine gesetzgeberische Verantwortung für die Normierung der Rechnungslegung zu weitgehend aufgeben und sachwidrigen, privaten Interessenseinflüssen unzulässig breiten Raum geben.

### I.

1. Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist vor diesem Hintergrund die ökonomische und rechtliche Analyse des neu geschaffenen Regelungskomplexes. Dabei steht die angestrebte Beteiligung Privater am Normsetzungsprozeß der Konzernrechnungslegung, auf welche die Regelungen zunächst beschränkt sind, im Mittelpunkt der Betrachtung. Ziel ist es, einen Vorschlag für eine ökonomisch sinnvolle und verfassungskonforme Ausgestaltung eines flexibleren Normsetzungsprozesses für die Rechnungslegung unter Mitwirkung Privater zu entwickeln. Eine solche

Lösung muß auf zwei grundlegenden Fragestellungen aufbauen. Zum einen muß untersucht werden, wie Forderungen nach der verstärkten Einbindung Privater grundsätzlich aus ökonomischer und rechtlicher Sicht zu bewerten sind. Zum anderen müssen konkrete rechtliche Ausgestaltungsmöglichkeiten dargestellt und ihre jeweilige sinnvolle Anwendbarkeit untersucht werden.

2. Anlaß zu diesen grundlegenden Überlegungen für eine Beteiligung Privater am Normsetzungsprozeß der Rechnungslegung hat der Gesetzgeber, wie bereits angesprochen, sowohl mit der mittelbaren Anerkennung ausländischer Rechnungslegungsnormen (§ 292 a HGB), bei deren Entstehung private Institutionen beteiligt bzw. weitgehend autonom tätig sind, als auch mit der Schaffung einer unmittelbar am Normsetzungsprozeß beteiligten privaten Instanz (§ 342 HGB) bzw. einer öffentlich-rechtlichen Instanz mit umfassender Mitwirkung Privater (§ 342 a HGB) gegeben. Grund für diese gesetzlichen Neuerungen war die Schwächung der Wettbewerbssituation deutscher Unternehmen an den internationalen Kapitalmärkten. Seiner Informationsfunktion ist der deutsche Konzernabschluß im internationalen Vergleich in den vergangenen Jahren immer weniger gerecht geworden. Fehlende Abschlüsse nach international anerkannten Standards oder aber Abschlüsse nach deutschem und internationalem Recht, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führten, verursachten bei institutionellen und privaten Investoren zum einen Unsicherheit bei der Investitionsentscheidung und zum anderen erhöhte Transaktionskosten, die durch die notwendige umfassendere Information über zugrundeliegende Rechnungslegungsvorschriften entstanden.

Unternehmen, die einen internationalen Kapitalmarkt in Anspruch genommen haben, waren bisweilen durch internationale Börsenzulassungsvorschriften gezwungen, zwei Abschlüsse zu erstellen bzw. einen Mittelweg zu beschreiten und verschiedene Rechnungslegungssysteme zu einem sogenannten dualen Abschluß zu verbinden, was mit erheblichen Kosten verbunden war. Als Lösungsweg wurde vom Gesetzgeber eine schnell umsetzbare und vor allem praktikable Regelung gesucht. Durch die Neuregelung des § 292 a HGB können nun Konzernabschlüsse nach international anerkannten Standards unter bestimmten Voraussetzungen bis zum Jahr 2004 mit befreiender Wirkung aufgestellt werden. Bis da-

hin sollen die Vorschriften zur Konzernrechnungslegung von einem privaten Rechnungslegungsgremium, dessen Errichtung durch den neu eingefügten § 342 HGB ermöglicht wurde, an internationale Gepflogenheiten angepaßt werden. Die Schaffung eines privaten Standardsetters für die Rechnungslegung soll gleichzeitig auch dem schwindenden deutschen Einfluß in internationalen Rechnungslegungsgremien entgegenwirken.

3. Die skizzierten Entwicklungen beschäftigen sowohl die Wissenschaft als auch die Praxis. Streit besteht insbesondere darüber, ob und inwieweit die Einbindung privater Gremien in den staatlichen Normsetzungsprozeß ökonomisch sinnvoll und verfassungsrechtlich zulässig ist. Gleichzeitig stellt sich aus deutscher Sicht die Frage, ob die Übertragung von internationalen, privat gesetzten Rechnungslegungsvorschriften in deutsches Recht möglich ist. Auf der anderen Seite kommt die rechtlich schon auf den Weg gebrachte Einbeziehung Privater in Deutschland nicht recht voran. So beklagte die Generalsekretärin des DRSC<sup>1</sup>, daß dem Gremium die Anerkennung und Durchsetzungsmacht in der Exekutive fehle. Es besteht also in der Tat Anlaß, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob und inwieweit die Normsetzung für die Rechnungslegung unter Beteiligung Privater ökonomisch sinnvoll und rechtlich zulässig ist. Grundsätzlich stellt sich zudem die Frage, inwiefern der Prozeß der Normsetzung im Bereich der Rechnungslegung der Geschwindigkeit der ökonomischen Änderungsprozesse überhaupt noch entspricht. In Zeiten des fortschreitenden Zusammenwachsens der internationalen Güter- und Kapitalmärkte sowie der immer kürzer werdenden Produktlebenszyklen, z.B. von Kapitalmarktinstrumenten, müssen sich die Geschwindigkeit und die Flexibilität des Normsetzungsprozesses den geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Daher müssen alternative Möglichkeiten bezüglich der Weiterentwicklung der Rechnungslegung gefunden werden. Neben einer offeneren Gestaltung einzelner Rechnungslegungsnormen bietet sich dafür insbesondere eine flexiblere und damit dynamischere Ausgestaltung des Normsetzungsprozesses unter Einbindung privaten Sachverständs an.

---

<sup>1</sup> Vortrag zu den Aufgaben und der Bedeutung des DRSC für die Zukunft der Rechnungslegung in Deutschland, gehalten an der Berufsakademie in Stuttgart am 11.05.2000.